Rede
von Herrn Oberbürgermeister Klaus Wehling
anlässlich
der Veranstaltung
„Einbringung des Hauhaltes 2014 und des Haushaltssanierungsplans 2014
Montag, 15. Juli 2012, 15:00 Uhr
Rathaus, Ratssaal
Schwartzstraße 72, 46042 Oberhausen

Es gilt das gesprochene Wort

Verehrte Mitglieder des Rates, liebe Oberhausenerinnen und Oberhausener, meine Damen und Herren.

Wir gehen an unsere Grenzen.

Wir tun was wir können.

Wir wollen raus aus den Schulden.

Klar ist aber, dass wir uns als Kommune anstrengen können wie wir wollen, alleine werden wir es nicht schaffen.

Da sind alle staatlichen Ebenen gefordert.

Darum stelle ich auch heute die Frage, tut der Bund genug für alle Kommunen?

Tut das Land genug für seine Kommunen?

Das Stärkungspaktgesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung in Nordrhein - Westfalen ist der richtige Ansatz.
Das haben wir mehrfach gegenüber der Landesregierung anerkannt.

Und wir verkennen nicht, dass die uns jetzt zugesagten 53 Millionen Euro pro Jahr sehr viel Geld sind.
Dieses Geld hilft uns bei unseren Sanierungsbemühungen nachdrücklich.

Genauso deutlich haben wir aber auch gegenüber der Landesregierung erklärt,
dass uns die um 13 Millionen gekürzten Zuwendungen in arge Schwierigkeiten bringen, aus denen wir alleine nicht herauskommen.

Vor dem Hintergrund der heutigen Haushaltseinbringung erwarten wir ein schnelles und klares Signal, ein deutliches Entgegenkommen seitens des Innenministeriums.

Das heißt konkret: Wir brauchen eine Fristverlängerung für einen ausgeglichenen Haushalt um zwei Jahre. Von jetzt 2016 auf 2018.

Das schließt die verlängerte Zahlung der im Stärkungspakt – Gesetz Stadtfinanzen festgeschriebenen Zuwendungen in Höhe von 53 Millionen Euro pro Jahr durch das Land mit ein.

Doch damit allein kommen wir aus dem Dilemma nicht heraus.

Wenn denn die große Aufgabe und Herausforderung – die Konsolidierung und der Schuldenabbau in den kommunalen Haushalten gelingen soll – dann müssen alle staatlichen Handlungsebenen dauerhaft zusammenwirken.

Wir in Oberhausen haben unsere Hausaufgaben gemacht und machen sie Tag für Tag weiter.

2012 fand die entscheidende Weichenstellung für die Sanierung und Konsolidierung unseres Haushaltes statt. Seitdem kümmern wir uns um die konsequente Abarbeitung dieser Pläne.

Dabei geht es sowohl um die Sparpotentiale, die in der Verwaltung erarbeitet wurden, als auch um die Konsolidierungsvorschläge in den Gutachten der externen Berater.

Ich mache das an zwei Beispielen deutlich:
Am Consens Gutachten und an den OGM – Verträgen.

Das Consens Gutachten befasst sich mit der gesamten Organisationsstruktur des Dezernates 3.

Dezernat 3 ist mit einem Finanzvolumen von ca. 200 Millionen Euro und über 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das größte Dezernat.

Auf 250 Seiten geht es in dem Gutachten mit entsprechenden Veränderungsvorschlägen, vor allem um wirkungsorientierte Steuerung.

Bei den OGM - Verträgen ist viel Arbeit im Detail erforderlich.
Alleine für den IT – Bereich wurde ein umfangreiches Leistungsverzeichnis erarbeitet.
Darin werden über 200 Fachverfahren detailliert beschrieben, die vertraglich neu geregelt werden müssen und wo nötig, vertraglich neu geregelt werden.
Und das ist ein Punkt aus einem umfangreichen Vertragswerk.

Darum: Für ihren Spar - Einsatz, ihren Spar - Ehrgeiz und ihre Spar - Ausdauer danke ich allen Beteiligten in Rat und Verwaltung ausdrücklich.

Die geleistete Arbeit ist die Grundlage für den Haushalt und den Haushaltssanierungsplan 2014.

Das intensive Sparen und seine spürbaren Folgen kommen nach und nach und mehr und mehr bei den Bürgerinnen und Bürgern an.

Beispiel StOAG
Mit der gerade erfolgten Umstellung des Fahrplanes hat sich zugleich das Angebot der StOAG reduziert, ja durch die Sparvorgaben reduzieren müssen.
Aber: Trotzdem liegen wir mit unserem ÖPNV – Angebot immer noch im oberen Drittel aller kommunalen und regionalen Verkehrsbetriebe in Nordrhein – Westfalen.
Wir wollen, dass das auch so bleibt.

Dieses Jahr ist, – sie alle wissen es - auch aus einem weiteren Grund ein ganz besonderes Jahr.
Am 22. September wird der 18. Deutsche Bundestag gewählt.

Danach wird es eine neue Bundesregierung geben.
Ich erwarte von der kommenden Bundesregierung ein eindeutiges Bekenntnis zu Städten und Gemeinden:

Ein eindeutiges Bekenntnis, das sich in einer dauerhaft ausreichenden Finanzausstattung für die Kommunen widerspiegeln muss

In Übereinstimmung mit dem deutschen Städtetag fordern wir von der neuen Bundesregierung:

- 1. den dauerhaften Erhalt der Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Einnahmequelle.
- 2. neue Investitionsprogramme in die kommunale Infrastruktur.
- 3. Aufstockung der Städtebauförderung für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf
- 4. bessere Mieterschutzgesetze damit Wohnraum bezahlbar bleibt.
- 5. ein effektiveres Kinder – Betreuungsangebot statt einer fehlgeleiteten Herdprämie

Schon bei der Einbringung früherer Haushalte waren wir uns alle einig:
„Sparen ja – kaputt sparen nein." Daran hat sich nichts geändert.

Wir werden Oberhausen bei allen Sparzwängen und Anstrengungen stets lebens- und liebeswert erhalten!

Das ist zugleich für uns alle ein klarer Gestaltungsauftrag.
Es gibt viel Vorzeigbares, was wir nach diesem Grundsatz in den letzten Jahren realisiert haben, auf das wir mit Recht stolz sein können.

Nach dem erfolgreichen Bäderkonzept greift nun das Sportstättenkonzept.

Wir haben mit TUS Alstaden und BW Lirich sogar Vereine aus unterschiedlichen Stadtteilen zusammengebracht, die sich demnächst eine moderne Sportanlage teilen werden. Damit haben wir für unüberwindlich geglaubte Gräben erfolgreich zugeschüttet.

Dieses Beispiel ist auch der deutlich sichtbare Beweis, für die gemeinsame, gute und bürgernahe Arbeit von Verwaltung und Politik.

Gleiches gilt auch für den Kaisergarten.

Auch hier zeigt Oberhausen ein gutes Beispiel, wie man intelligent sparen kann. Von Eintrittsgeld bis Artenrating reichten die Vorschläge der Berater.

Unsere Bürgerinnen und Bürger aber hatten eine bessere Idee: Parkgebühren

Parkgebühren die helfen, den Bestand unseres attraktiven und überaus beliebten Tiergeheges zu erhalten.

Und Bürgerschaftliches Engagement ist es auch, das aktuell den Bau einer NaturErlebnisSchule und Verbesserungen beim Besucherservice erlaubt.
So wird der Kaisergarten für seine kleinen und großen Besucherinnen und Besucher noch anziehender, ohne die städtischen Finanzen zu belasten.

Sichtbar wird dies auch bei der Kultur.

Innen Hui, außen nicht so toll, dass wird sich in den nächsten Wochen ändern. Bevor die Fassade des Theaters und des Schlosses dauerhaft schaden nehmen, werden sie von Oberhausener Malerbetrieben saniert und neu gestrichen.

Auch das Ebertbad grüßt seine Besucherinnen und Besucher mit renovierter Fassade.

Dann sind sie wieder so frisch wie die Oberhausener Kulturlandschaft mit Bert – Brecht – Haus, Theater, Ebertbad, Emscherkunst, Metronom, Schloss - Galerie, Gasometer, Arena und, und, und.

Wie sehr Oberhausen und seine Angebote angenommen werden, das war erst vor einer Woche eindrucksvoll zu beobachten.

Die „13. EXTRASCHICHT - Die Nacht der Industriekultur" war für Oberhausen beste Stadtwerbung.

Was sich am und im Kaisergarten und an der Rehberger Brücke an Programm abgespielt hat, das war allerbeste Reklame für Oberhausen.

Was kann ich am Tage der Einbringung des städtischen Haushaltes 2014 Treffenderes sagen, als einen Mann zu zitieren, der mich bei der EXTRASCHICHT spontan angesprochen hat:

Zitat:

„Wir haben allen Grund auf Oberhausen stolz zu sein!"

Das stimmt!

Glück auf!

Perspektiven auf dem Weg der Konsolidierung

- Rede des Stadtkämmerers zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2014 -

Apostolos Tsalastras, Stadtkämmerer
Dezernat 1
Finanzen und Kultur
15. Juli 2013

stadt
oberhausen

Perspektiven auf dem Weg der Konsolidierung

Stärkungspakt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

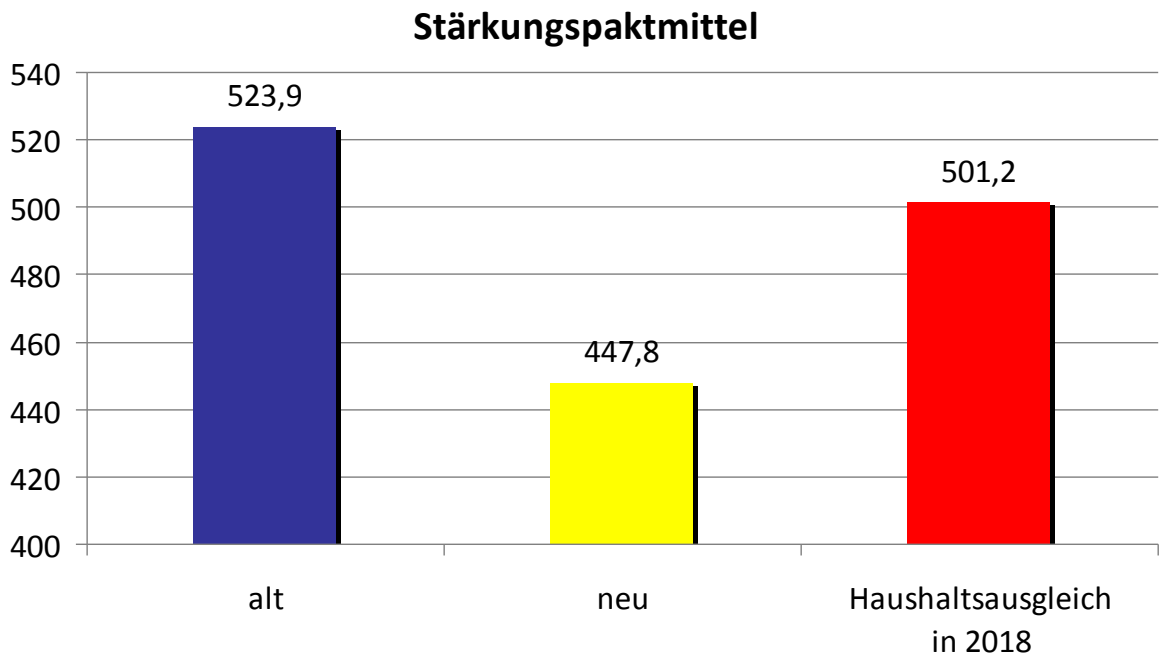
der Haushalt 2014 ist jetzt der dritte Haushalt, der im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes von mir eingebracht wird. Wer gedacht hat, dass jetzt langsam eine gewisse Routine bei der Haushaltsberatung eingetreten ist, der hat sich ziemlich getäuscht. Veränderungen in den Rahmenbedingungen durch Beschlüsse der Landesregierung – hier sei an die Reduzierung der Stärkungspaktmittel erinnert – oder durch die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen wie auch die Umsetzung einzelner großer Haushaltssanierungsmaßnahmen machen die Beratungen zum Haushalt nicht einfacher.

Für alle sei noch mal an die Ausgangslage erinnert. Das Land hat den Stärkungspakt eingeführt, um den Kommunen mit der schwierigsten finanziellen Haushaltslage wieder die Perspektive kommunaler Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen und die Erhaltung der Liquidität sicherzustellen. Allen Beteiligten war klar, dass allein der Stärkungspakt die strukturellen Probleme zahlreicher nordrheinwestfälischer Städte nicht wird beheben können. Dafür benötigen wir auch weitere Entlastungen von der Bundesregierung, die einen weiteren Teil der Soziallasten übernehmen muss.

Der Rat hat ein Maßnahmenpaket zum Haushaltssanierungsplan (HSP) 2012 verabschiedet, das ca. 250 Einzelmaßnahmen umfasst und zu einer Gesamteinsparung in den Jahren 2012 – 2021 in Höhe von 590 Mio. EUR beitragen soll. Dabei beträgt das Verhältnis von Einsparmaßnahmen und Steuererhöhungen ca. 1/3 Steuermaßnahmen und 2/3 sonstige Maßnahmen. Dies ist im Vergleich vieler anderer Stärkungspaktkommunen ein gutes Verhältnis. Bei den meisten ist der Steueranteil höher.

Mit diesem Maßnahmenpaket und den Mitteln des Landes aus dem Stärkungspakt wäre der Haushaltsausgleich bereits 2016 gelungen. Niemand konnte damals damit rechnen, dass eine Neuberechnung der Stärkungspaktmittel in 2013 anstehen könnte und dass dies zu einer Reduzierung der Mittel für Oberhausen in einer Größenordnung von 12,7 Mio. € geführt hätte. Ohne die Problematik an dieser Stelle weiter zu vertiefen, möchte ich auf die daraus resultierende Aufgabe verweisen, die hierdurch für den Haushalt 2014 anstand und was dies für die Stärkungspaktmittel 2013 und die Folgejahre bedeutet.

Die Bezirksregierung hat in ihrer Verfügung zur Genehmigung des HSP 2013 darauf hingewiesen, dass wir die Stärkungspaktmittel für 2013 erst erhalten, wenn wir darstellen können, wie wir einen Ausgleich für die ausgefallenen Mittel erreichen wollen. Wir haben in einem Bericht an die Bezirksregierung, der Ihnen im Anschluss gemeinsam mit der Haushaltsrede verteilt wird, deutlich gemacht, dass uns dies gelingen kann, wenn der Zeitpunkt des Haushaltsausgleichs mit Landesunterstützung nicht in 2016, wie geplant, sondern in 2018 liegen wird. Dies würde dazu führen, dass wir zwar insgesamt weniger Landesmittel erhalten, aber der Verlust von 76 Mio. € auf 23 Mio. € beschränkt werden kann.



Stärkungspaktmittel bis 2020 in der Summe. Vor der Neuberechnung, nach der Neuberechnung und bei einer Verschiebung des Haushaltsausgleichs bis 2018, Stadt Oberhausen, Dezernat 1 Finanzen und Kultur

---

Dieser Vorschlag, der im Stärkungspaktgesetz ausdrücklich vorgesehen ist, wird jetzt zwischen Bezirksregierung und dem Innenministerium diskutiert. Wir gehen davon aus, dass wir kurz nach den Sommerferien ein Signal von der Kommunalaufsicht bekommen, ob der von uns vorgeschlagene Weg akzeptiert wird. Dies würde Rat und Verwaltung die nötige Zeit geben, die Entscheidung in die Haushaltsberatungen einfließen lassen zu können. Die Anpassung des HSPs 2013 und ein damit zusammenhängender Nachtrag zum Haushalt 2013 sollen gemeinsam mit dem HSP 2014 und dem Haushalt 2014 in der Novembersitzung des Rates verabschiedet werden.

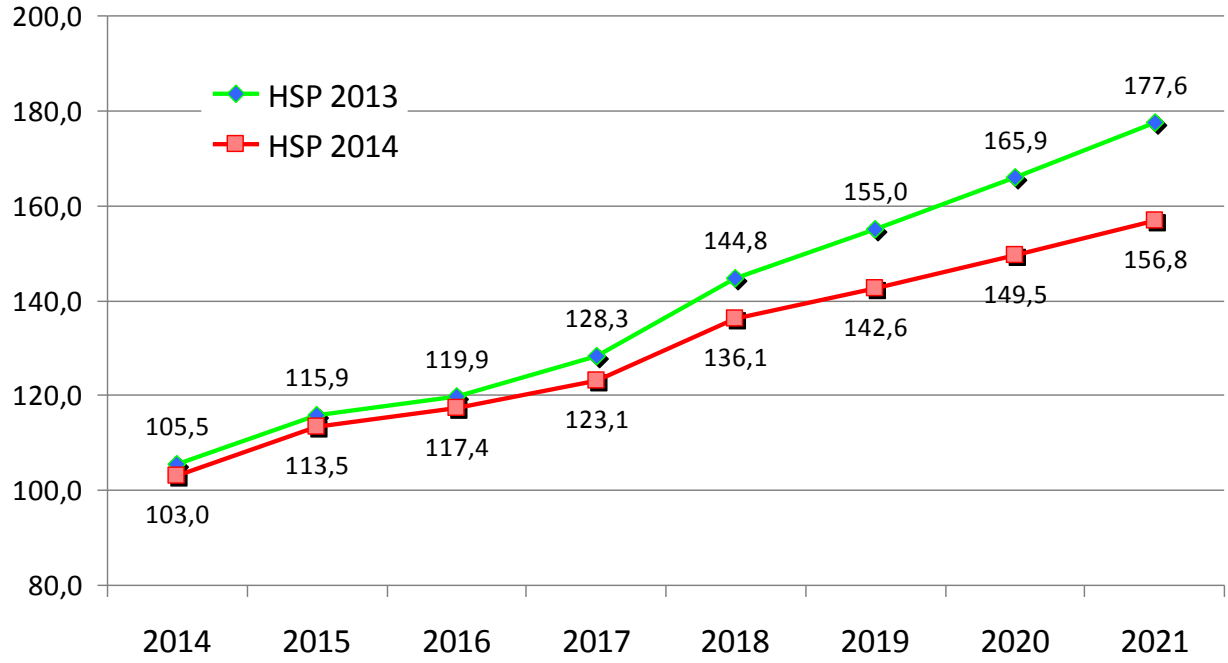
Entwicklung in 2013

Neben den ausgefallenen Stärkungspaktmitteln kann, wie dem Rat bereits mitgeteilt, von geringeren Gewerbesteuereinnahmen in 2013 ausgegangen werden. Als Kämmerer habe ich darauf mit einer Sperrung von 10% der OGM-Fremdleistungen reagiert und die Verwaltung angehalten, mit den zu Beginn des Jahres um 3 Mio. € reduzierten OGM-Vorauszahlungen auszukommen. Ob weitere Maßnahmen zur Einhaltung des Haushaltes notwendig werden, wird sich nach den Sommerferien zeigen, wenn genauere Prognosen möglich sind. Der Versuch die geringeren Gewerbesteuereinnahmen auszugleichen bedeutet nicht, die ausgefallenen Stärkungspaktmittel zu kompensieren, um das geplante Ergebnis zu erreichen. Wir gehen im Augenblick davon aus, dass wir in 2013 statt ein Ergebnis von -58 Mio. € nur ein Ergebnis von ca. -70 Mio. € erreichen werden.

Aus den Controllingberichten, die wir gerade für die Bezirksregierung erstellen, kann man entnehmen, dass fast alle Maßnahmen in 2013, zumindest von der Prognose her, den gewünschten Konsolidierungserfolg aufweisen. Einige wenige nennenswerte Abweichungen bei den HSP-Maßnahmen gilt es jedoch festzuhalten. Bei der

Maßnahme 7 werden wir die angekündigten Mehreinnahmen bei den Säumniszuschlägen nicht erreichen, so dass etwa 200.000,- € im Konsolidierungsvolumen fehlen. Bei der Maßnahme 49 ist aufgrund eines ungünstigen Ausschreibungsergebnisses die Einsparung bei den Schülerbeförderungskosten um etwa 100.000,- € geringer ausgefallen als geplant. Durch die Verzögerung bei der Erstellung des Orga-Gutachtens durch die Firma Consens können im Jahr 2013 bei der Maßnahme 87A ca. 1,15 Mio. € weniger eingespart werden als ursprünglich vorgesehen. Und die angesprochene schlechtere Gewerbesteuerentwicklung führt zu geringeren Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuererhöhung von ca. 1 Mio. €.

Problematischer jedoch ist die Auswirkung auf die Gewerbesteuerplanung in den folgenden Konsolidierungsjahren. Die aktuelle Planung der Gewerbesteuerentwicklung bis 2021 weicht von der Planung im HSP 2013 ab. Es kommt zu einem Verlust im Jahr 2021 in Höhe von etwa 20 Mio. €, die ausgeglichen werden müssen.



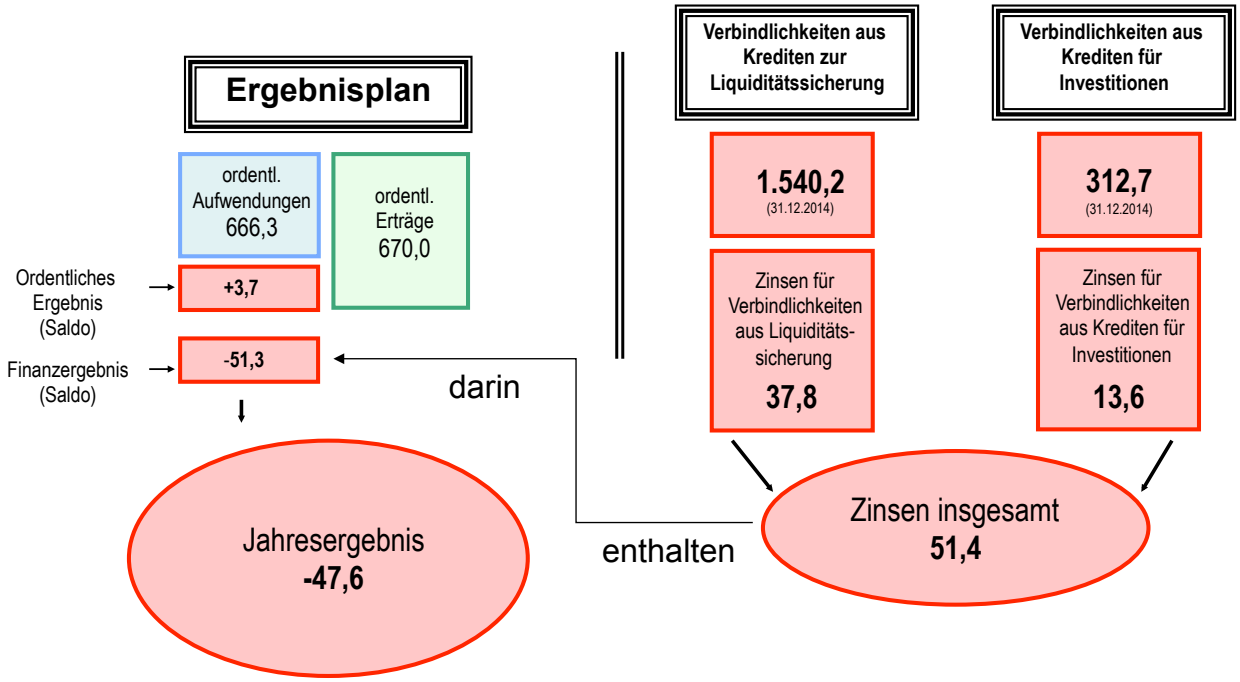
Gewerbesteuerentwicklung im HSP 2013 und mögliche Entwicklung im HSP 2014, Stadt Oberhausen, Dezernat 1 Finanzen und Kultur

---

Die Gewerbesteuerentwicklung erschwert damit zusätzlich den geplanten Ausgleich des Haushalts in 2021 und muss in jedem Fall mit weiteren Maßnahmen ausgeglichen werden. Hilfreich dabei ist die augenblickliche Zinsentwicklung und die mittelfristige Bindung großer Teile der Liquiditätskredite. Mittlerweile kann die Zinsentwicklung genauer geplant werden, als zu Beginn des HSP-Prozesses, so dass ein Teil der prognostizierten Gewerbesteuerausfälle durch geringere Zinsaufwendungen aufgefangen werden kann. Dennoch ist die Erwartung, den Haushaltsausgleich wie vorgesehen in 2016 erreichen zu können, durch den Verlust der Stärkungspaktmittel in weite Ferne gerückt.

Der Haushalt 2014

Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2014, der heute eingebracht wird, weist ein Defizit im Ergebnisplan in Höhe von -47,6 Mio. auf und eine Zinsbelastung von 51,3 Mio. €. Damit verursachen die Zinsen im Entwurf ca. 7% des Gesamtaufwandes des Haushalts. Weiterhin verursachen die Produktbereiche „Soziale Leistungen“, „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ und „Gesundheitsdienste“ den größten Aufwand. Hinzu kommt noch die Umlage an den Landschaftsverband Rheinland, die zu einem überwiegenden Teil für kommunale Sozialleistungen verwendet wird. So machen die Sozialausgaben über 40% der Gesamtaufwendungen aus. Während die klassischen, nicht gesetzlich geregelten Bereiche der kommunalen Selbstverwaltung „Kultur und Wissenschaft“ und „Sportförderung“ gemeinsam nur ca. 4% des gesamten Aufwandes ausmachen.



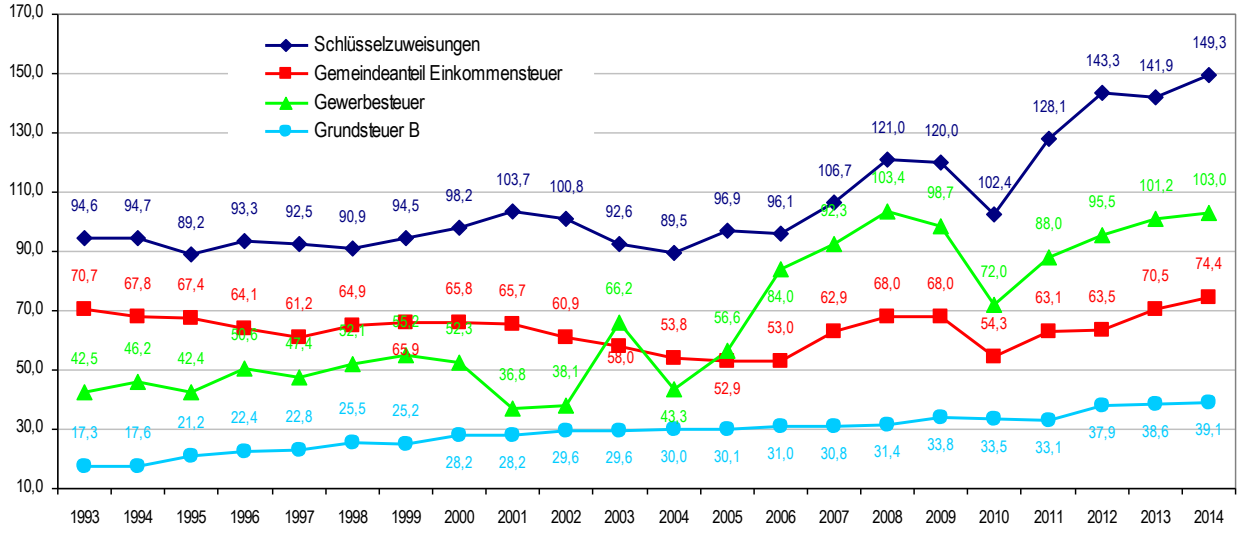
Übersicht über den Ergebnisplan und die Verschuldung 2014, Stadt Oberhausen, Bereich 1-1 Finanzen

Bei den Aufwendungen machen sich in 2014 besonders die geplanten Einsparungen durch die neuen OGM-Verträge bemerkbar, die zu einer Reduzierung bei den Sach- und Dienstleistungen in einer Größenordnung von 8,7 Mio. € im Vergleich zum laufenden Jahr beitragen.

Bei der Einnahmeentwicklung gehen wir davon aus, dass sich die Gewerbesteuer nach einer Schwächephase in 2013 in 2014 wieder stabilisieren wird. Die stabile Entwicklung der Einkommensteuer, die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute und die Orientierungsdaten des Finanzministeriums verstärken uns in dieser Annahme (DIW-Prognose vom Januar 2013, Ifo-Institut im Juni 2013). Dennoch bleibt natürlich wie immer bei solchen Prognosen genügend Unsicherheit aufgrund der europäischen und globalen Entwicklung.

Auch die Entscheidung der Landesregierung, das FIFO-Gutachten in 2014 nicht um-

zusetzen, ist eine gute Nachricht für die Schlüsselzuweisungen im Haushaltsansatz. Wie jedoch die zukünftige Entwicklung sein wird, hängt von den Entscheidungen der Landesregierung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) ab. Für die Anpassung des GFG werden die Ergebnisse nach der Sommerpause erwartet und können in die Haushaltsberatung einfließen.



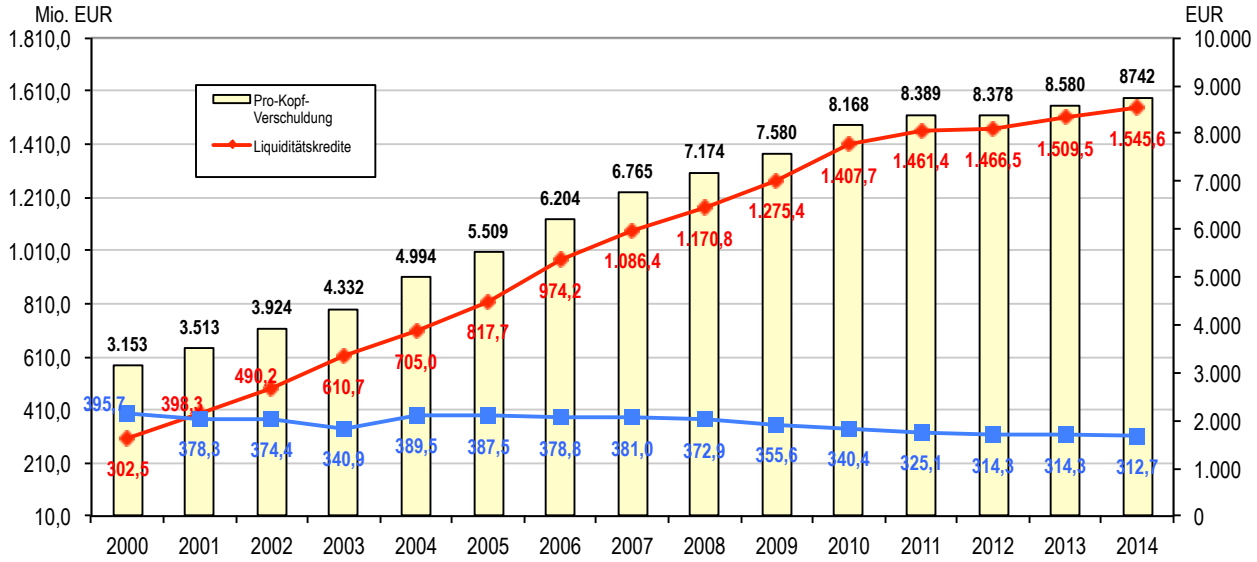
Entwicklung der wichtigsten Einnahmearten im Zeitvergleich 1993 – 2014, Stadt Oberhausen, Bereich 1-1 Finanzen

---

Lassen Sie mich einen Augenblick etwas ausführlicher auf die Verschuldungssituation der Stadt eingehen. Dies ist auch deshalb wichtig, weil die Kommunalfinanzen sich zu einem zentralen Zukunftsproblem in Deutschland entwickeln. Neben Nordrhein-Westfalen haben mittlerweile auch die Länder Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen und zum Teil das Land Niedersachsen ähnliche Probleme mit der kommunalen Verschuldung, von den Stadtstaaten Bremen und Berlin ganz zu schweigen. Die Schere zwischen armen und reichen Städten geht immer weiter auseinander. Während die einen immer weiter von steigenden Soziallasten und geringer Steuerkraft erdrückt werden, profitieren andere nachdrücklich von der aktuellen Wirtschaftsentwicklung. In NRW sind insbesondere das Ruhrgebiet und das bergische Städtedreieck von dieser negativen Entwicklung betroffen.

Im Zeitverlauf kann man für Oberhausen aber auch erfreuliche Signale deutlich erkennen: Seit 2011 hat der Anstieg der Liquiditätskredite und der Pro-Kopf-Verschuldung drastisch abgenommen und damit konnte die Verschuldungsdynamik gestoppt werden. Lag der durchschnittliche Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung in den Jahren 2000 bis 2010 bei 10,0%, so liegt er in den Jahren 2011 bis 2014 bei 1,7%. Dies ist ausdrücklich dem Stärkungspakt des Landes und den umfassenden Sparbemühungen der Stadt zu verdanken.

Die Höhe der Investitionskredite konnte sogar kontinuierlich zurückgefahren werden, da die Darlehenstilgungen in den Vorjahren bis auf das Jahr 2013 immer höher waren als die Neuaufnahme von Darlehen. So sieht der Haushaltsentwurf Investitionskredite in Höhe von 312,7 Mio. € vor.

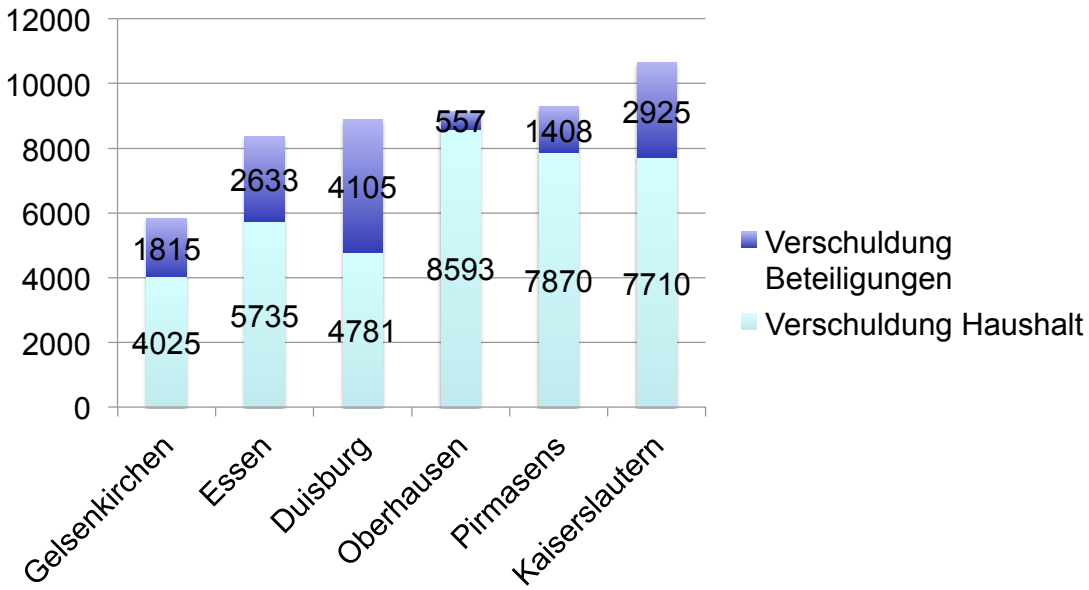


Verschuldung 2000 – 2014, Die Zahlen in 2013 und 2014 spiegeln die Planung wieder. Vorherige Zahlen sind Ergebnisse. Stadt Oberhausen, Bereich 1-1 Finanzen

---

Mit geplanten 8.740 € hat Oberhausen die höchste Pro-Kopf-Verschuldung, was den städtischen Haushalt angeht. Vergleicht man jedoch die Gesamtverschuldung der Städte, so ergibt sich ein differenziertes Bild. Da bisher noch nicht alle Kommunen Gesamtabschlüsse haben, muss sich die Betrachtung auf die Städte konzentrieren, die für das Jahr 2011 bereits Gesamtabschlüsse erstellt haben. Betrachtet man diese, so lassen sich zwei Beobachtungen machen. Erstens ist die Struktur der Verschuldung in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich. Während sich in Oberhausen nur 6% der Gesamtverschuldung bei den Beteiligungen der Stadt befindet, ist dies in Duisburg ein Anteil von 46%.

Zweitens stellt man fest, dass sich mittlerweile viele Städte mit einer extrem hohen Gesamtverschuldung herumplagen. Betrachtet man die Gesamtverschuldung so liegt Oberhausen im Bundesvergleich hinter Pirmasens und Kaiserslautern. Essen und Duisburg haben mittlerweile eine fast genauso hohe Gesamtverschuldung wie wir.



Stadt	Gelsenkirchen	Essen	Duisburg	Oberhausen	Pirmasens	Kaiserslautern
Prokopf-V.	5.840 €	8.368 €	8.886 €	9.150 €	9.278 €	10.635 €

Gesamtverschuldung Pro-Kopf in 2011, Stadt Oberhausen, Dezernat 1 Finanzen und Kultur

Wenn in den folgenden Jahren weitere Städte Gesamtabschlüsse vorlegen, wird ein umfassenderes Bild möglich. Es sollte jedoch nicht bis dahin mit einer bundesweiten Lösung für das Kommunalfinanzproblem gewartet werden. Insbesondere die Reduzierung der Soziallasten durch den Bund bleibt weiter auf der Tagesordnung.

HSP 2014

Der HSP 2014 sieht fünf neue Maßnahmen vor, die insbesondere die Ausfälle in der Ergebnisplanentwicklung durch die Gewerbesteuer ausgleichen sollen. Der Ausgleich der ausgefallenen Stärkungspaktmittel soll über die Verlängerung des Zeitraums bis zum ersten Haushaltsausgleich nun im Jahr 2018 erfolgen. Neben der Realisierung von Mehreinnahmen durch Neufestlegung der Konzessionsabgaben bei der Fernwärme werden auch Einsparungen durch die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED erwartet.

Eine dritte Maßnahme verfolgt das Ziel durch verstärkte gemeinsame Bemühungen von Bundesagentur, Jobcenter, Stadt Oberhausen und der Wirtschaft, die Zahl der SGB-II-Empfänger nachhaltig ab 2019 zu reduzieren und damit Kosten der Unterkunft (KdU) einzusparen. Erste Gespräche zur Umsetzung einer solchen Initiative sind mit dem Jobcenter geführt worden. Die demografische Entwicklung und der damit in Zusammenhang stehende Bedarf an jungen Fachkräften würden eine solche Initiative automatisch unterstützen.

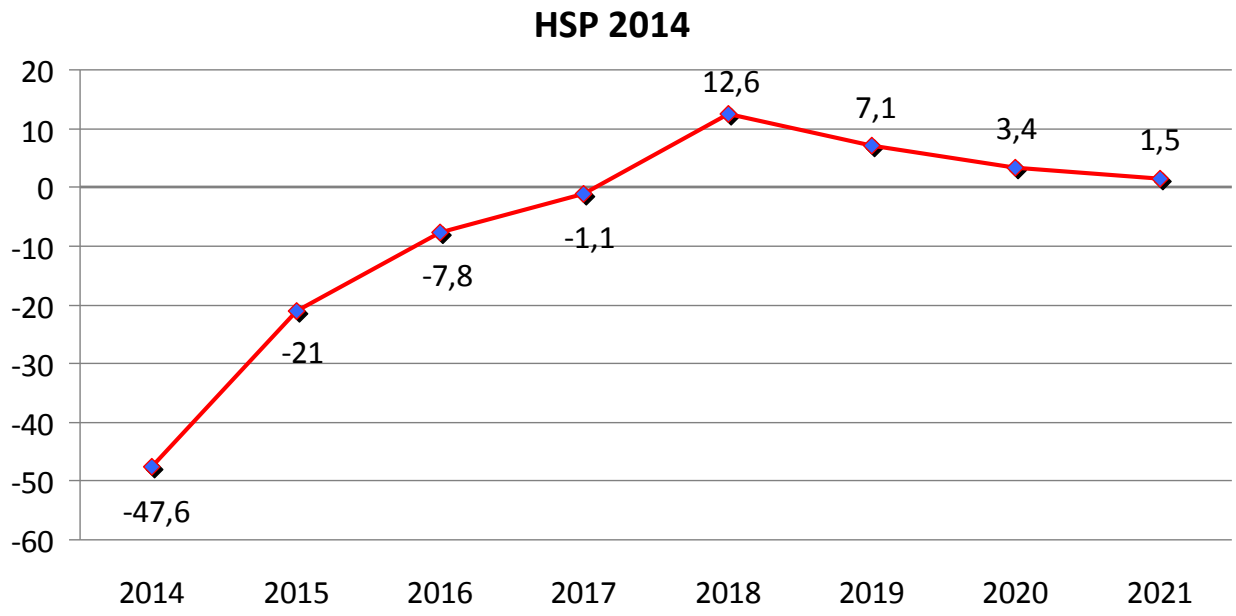
Weiterhin sollen zusätzlich zu den Einsparungen aus dem Consens-Gutachten Einsparungen im Produktbereich „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ erfolgen. Consens hat ausdrücklich betont, dass die Einsparungen, die im Gutachten vorgeschlagen werden, auf einer wirtschaftlicheren Erbringung der Leistungen beruhen als bisher. Die demografische Entwicklung, die zu einer Reduzierung der Bevölkerungszahlen bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren von bis zu 14% im Jahr 2021 führt, wurde dabei nicht berücksichtigt. Dies gibt uns die Möglichkeit nach der Umsetzung des Consens-Gutachtens mit Hilfe der neuen Steuerungs- und Controllinginstrumente die Maßnahmen zu identifizieren, die nicht mehr im erforderlichen Umfang notwendig sein werden.

Letztlich wird der Verkauf von RWE Aktien im Jahre 2021 vorgeschlagen, um dort den Haushaltsausgleich sicherstellen zu können. Da die Ergebnisplanentwicklung nicht vorhersehbar ist und nicht abgeschätzt werden kann, welche negativen aber auch positiven strukturellen Veränderungen in den Folgejahren die Finanzsituation beeinflussen werden, ist eine solche einmalige Maßnahme flexibel einsetzbar.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Anmerkungen zu der von Teilen des Rates geäußerten Vermutung machen, man könne viel mehr Personal einsparen, als der HSP bereits vorsieht. Wenn wir die Anzahl der in der Verwaltung Beschäftigten wie geplant bis 2021 um 200 Vollzeitbeschäftigte reduzieren, dann können Sie davon ausgehen, dass wir nicht nur viele Häuptlinge sondern auch zahlreiche Indianer ab-

gebaut haben werden – um beim Wortlaut der Presseberichterstattung zu bleiben. Heute haben Sie bei zwei Vorlagen die Möglichkeit, eine Beigeordnetenstelle und eine Bereichsleiterstelle einzusparen. Weder die Bezirksregierung noch die GPA gehen davon aus, dass diese Zahl auf 300 zu steigern wäre, wie von einigen gefordert wird. Sie können aber auch sicher sein, dass wir die anstehenden GPA-Untersuchungen im Rahmen der überörtlichen Prüfung der Verwaltung dazu nutzen werden - wenn möglich - , weitere Potentiale zu identifizieren. Dass wir damit aber auf mehr als 200 Stellen kommen, halte ich zur Zeit für unrealistisch.

Mit der Verschiebung des Haushaltsausgleichs auf das Jahr 2018 und den weiteren Maßnahmen ergibt sich nach der Einschätzung der Verwaltung ein genehmigungsfähiges HSP und damit ein genehmigter Haushalt 2014.



Ergebnisplanentwicklung im HSP 2014, Stadt Oberhausen, Bereich 1-1 Finanzen

Perspektive

Zum Abschluss möchte ich noch mal daran erinnern, dass die Aufstellung des HSP nicht allein der Schuldenbremse und der Sicherung der Liquidität dient. In der Diskussion wird vielfach verdrängt, dass die Rückgewinnung der kommunalen Handlungsfähigkeit und damit die Schaffung neuer Zukunftsperspektiven viel wichtiger sind. Die möglicherweise dritte Genehmigung versetzt uns in die Lage, mittlerweile wieder Fördermöglichkeiten zu nutzen und Projekte in der Stadt anzustoßen. Dies ist dringend erforderlich, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Oberhausen weiterzuführen.

Erste positive Entwicklungen für die Innenstadt von Alt-Oberhausen zeichnen sich ab und neue Initiativen in Osterfeld und Sterkrade sind zu erwarten. Bei der Sportentwicklung werden mit dem Ausbau weiterer Anlagen zusätzliche Akzente gesetzt. Die Kultureinrichtungen können ihre erfolgreiche Arbeit mit guten Rahmenbedingungen

fortsetzen und einen erheblichen Beitrag für bessere Bildungschancen und ein gutes Image der Stadt leisten. Oberhausen bleibt für den Tourismus weiter attraktiv und schöpft daraus neue wirtschaftliche Potentiale. Die Betriebsstättenzählung macht zarte positive Entwicklungen in weiteren Wirtschaftsbranchen deutlich und die Ergebnisse des Bildungsmonitoring weisen auf erhebliche Verbesserungen bei den Bildungserfolgen der Oberhausener Schulen hin.

Diese Entwicklungen gilt es weiter zu unterstützen. Dass dies in der strukturellen Situation Oberhausens kein einfacher Weg ist, dürfte allen bekannt sein. Um so wichtiger ist es, die Balance zwischen Konsolidierung auf der einen und ökonomischer und sozialer Entwicklung auf der anderen Seite zu halten.

Es wäre wichtig, dass alle Beteiligten in Rat und Stadtgesellschaft dies im Grundsatz mittragen, dass das Land seine Verantwortung für diesen Prozess weiter wahrnimmt und dass der Bund eine weitere Entlastung bei den Soziallasten endlich beschließt, statt weitere Belastungen für die Kommunen vorzusehen.